

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MÖL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

7. Jahrgang, Nummer 11

Postverlagsort Bonn

Bonn, im November 1959

INHALT

ZUM GESPRÄCH ZWISCHEN DEN KONFESSIONEN von Wilhelm Stählin	S. 1
DIE POLITISCHE VERANTWORTUNG DES CHRISTEN von Edo Osterloh	S. 3
STILFRAGEN MIT HINTERGRUND von Ernst Rasch	S. 6
DAS NEUE PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATEN	S. 8
DREI STELLUNGNAHMEN ZUM „RAHMENPLAN“	S. 10
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 12

ZUM GESPRÄCH ZWISCHEN DEN KONFESSIONEN

von Altbischof D. Dr. Wilhelm Stählin, DD

*In der Fernseh-Sendung: „Das Wort zum Sonntag“
machte der frühere Bischof von Oldenburg am
31. Oktober d. J. folgende Ausführungen:*

„Wenn ich mich heute anschicke, Ihnen ein Wort zum Sonntag zu sagen, so fühle ich mich in einer gewissen Verlegenheit. Sie wissen, daß wir evangelischen Christen heute, am 31. Oktober, oder an dem darauffolgenden Sonntag, also morgen, den Gedenktag der Reformation begehen. Sie würden es wohl nicht für richtig halten, wenn ich als evangelischer Bischof in meinem Wort zu diesem Sonntag an dieser Erinnerung einfach vorbeigehen wollte; aber darf ich den römisch-katholischen Christen unter Ihnen, die Sie dieses Wort zum Sonntag hören und seinen Sprecher sehen, zumuten, diesem Wort Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und also an dieser unserer Erinnerung in einem gewissen Sinne teilzunehmen?

Ich vergesse keinen Augenblick, daß das Gedächtnis der Reformation für die Glieder der getrennten Konfessionen

und für all die anderen, die innerlich keiner dieser Konfessionen zugehören, einen verschiedenen Akzent und ein verschiedenes Gewicht hat. Aber ist das ein triftiger Grund, nun überhaupt an einer solchen Frage vorbeizugehen, in der wir nicht einig sind? Sollen wir es einfach vermeiden, von Martin Luther zu sprechen, weil wir ein verschiedenes Bild von ihm haben? Auch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten können nicht so tief entzweien, wie wenn man um strittiger Fragen willen einfach einander aus dem Wege geht.

Erlauben Sie also, daß ich an dem Vorabend des Sonntags, der sozusagen das Symbol dieser Uneinigkeit ist, gerade darüber zu Ihnen spreche:

1. Wir können darüber sprechen, weil sich im Laufe der letzten Menschenalter in dieser Hinsicht etwas sehr Wesentliches geändert hat. Wir können nicht mehr mit irgendeinem selbstverständlichen Pathos und in einer ungebrochenen Selbstsicherheit über die Spaltung der Christenheit reden. Wir empfinden diesen Riß als eine

offene Wunde am Leibe der Christenheit und leiden darunter. Auch wir evangelischen Christen, die wir das Werk der Reformation als eine Gabe Gottes an die ganze Christenheit ansehen und dafür dankbar sind, empfinden mit Schmerz, daß dabei eine Spaltung der christlichen Kirche herausgekommen ist, die Luther und seine Mitarbeiter keineswegs gewollt haben. Vielleicht leiden wir in einer sehr verschiedenen Weise an dieser Deformation der christlichen Kirche, aber wir alle leiden darunter.

2. Wir haben heute nicht mehr die Neigung, bloß der anderen Seite die Schuld an dieser Zerspaltung beizumessen und also einander Vorwürfe zu machen und einander zu verurteilen. Daß dieses Schicksal nun von uns nicht gewendet werden kann, entbindet uns nicht von der Einsicht, wieviel menschliche Schuld bei jeder solchen Trennung — der Kirche ebenso wie der Ehe! — im Spiele ist; wir sind aneinander schuldig geworden und haben uns sozusagen gegenseitig in unsere Fehler hineingesteigert. Wer den Protest, die Opposition zum Grundsatz seines Denkens und Handelns macht, macht es gewiß falsch und wird an dem anderen schuldig. Wir alle haben vieles falsch gemacht, und vielleicht sind wir beiderseits unserem Erbe gerade dann treu, wenn wir zugleich unsere Fehler sehen und zur Buße bereit sind.

3. Es wäre unrecht und undankbar, wenn wir auch nur für einen Augenblick vergessen wollten, wie vieles und wie große und ehrwürdige Dinge wir trotz allem gemeinsam haben, von der Bibel und dem Vaterunser an bis zu Worten und Symbolen unseres Glaubens an den dreieinigen Gott und einem großen Erbe geistlicher Erfahrungen. Auch wenn diese Dinge vielleicht auf den beiden Seiten in vielen Einzelheiten verschieden aufgefaßt und gedeutet werden, so wissen wir uns doch von einer gemeinsamen geistlichen Wirklichkeit gehalten und getragen. Daraus erwächst uns eine gemeinsame Verantwortung gegenüber einer nichtchristlichen Welt.

4. Wir wissen freilich, daß es mit einer sanftmütigen Friedfertigkeit nicht getan ist, im kirchlichen Raum ebensowenig wie im politischen. Die Frage nach der Wahrheit ist unerbittlich und verträgt keine schwächlichen Kompromisse. Wenn wir miteinander sprechen, können

wir einander nicht nur Freundlichkeiten sagen, sondern haben manches auf dem Herzen, womit wir dem anderen wehtun müssen. Wenn bei einem unserer evangelisch-katholischen Gespräche einer der katholischen Kirchenführer etwa äußerte: ‚Wir sind Euch Protestanten die volle katholische Wahrheit schuldig‘, so mußten wir ihm antworten: ‚Wir sind auch unseren katholischen Brüdern die volle biblische Wahrheit schuldig‘. Wir machen es einander schwer. Aber ist das so schlimm? Es ist viel besser, wenn wir einander harte Dinge sagen, als wenn wir aneinander vorübergehen, als ginge uns der andere Christ, die andere Form von Christentum nichts an. Ich glaube nicht, daß es eine besondere Gnade ist, wenn dem römischen Katholizismus in südlichen Ländern bis hin zur Kurie selbst die aufregende Begegnung mit dem nicht-römischen Christentum erspart geblieben ist; es ist ihm — wie wir meinen — nicht sehr gut bekommen. Es liegt wohl nicht wesentlich anders in jenen rein protestantischen Ländern, in denen man nur eine sehr vage Vorstellung von katholischer Frömmigkeit hat. Der andere ist uns auch im persönlichen Bereich oft unbequem, weil er so sehr anders ist; aber gerade der andere, der wirklich anders ist, ist uns als unser Nächster verordnet; auch die andere Konfession.

5. Wie oft werden wir gefragt, ob es in dieser notvollen und schuldhaften Lage der Christenheit irgendeine Hoffnung gebe, eine Hoffnung auf Einigung. Nein und ja! Nein, wenn wir an all die gutgemeinten menschlichen Bemühungen denken, die die getrennten Christen einigen wollen; sie stoßen, gerade wenn sie sehr ernst gemeint sind, an unübersteigbare Mauern, wo alle Wege zueinander verrammelt zu sein scheinen. Geschichtliche Tatsachen lassen sich nicht rückgängig machen; es gibt auch in diesen Dingen keinen Weg ‚zurück‘, keine Rückkehr zur ungeteilten Kirche. Wer das meint, hat den Ernst von Gewissensentscheidungen nicht verstanden. Und doch ja? Ja, weil wir deutlich zu sehen meinen, daß Gott heute am Werk ist, Mauern abzutragen, die Menschen ganz fest zementieren wollten, und weil heute quer durch alte, verhärtete Fronten hindurch neue Fronten sichtbar werden, die mit den Grenzen der Konfessionen keineswegs identisch sind. Der Heilige Geist weht, wo er will: er ist das Feuer, in dem vieles umgeschmolzen wird, und der Sturmwind, der starke Bäume entwurzelt. Wissen wir, was Gott mit uns vorhat? Unser Herr Christus hat am Abend vor seinem Tode darum gebetet, daß die Jünger eins sein möchten so wie er, der Sohn, mit dem Vater eins ist, und er hat dieses sein Gebet um die Einigkeit seiner Jüngerschaft, seiner Kirche, als ein verpflichtendes Vermächtnis hinterlassen. Wenn Gott will, daß dieses Gebet seines Sohnes in Erfüllung geht, dann wird er auch Wege finden, auf denen er uns zusammenzwingt, und wäre es selbst in Zeiten gemeinsamer Not und Drangsal.

Wir sollten uns also nicht nur in dem Schmerz über die Trennung, in der Einsicht in unser aller Schuld zusammenfinden, sondern auch in der Gewißheit, daß Gott größer ist als unser enges Herz und weiter als unsere kirchlichen Ansprüche. Es könnte uns der Blick in die Zukunft, in Gottes Zukunft, einigen, wo die unbewältigte Vergangenheit uns trennt.

Sie, meine katholischen Mitchristen, brauchen also Ihre Ohren nicht zu verschließen, wenn von evangelischen Kirchen die Glocken zum Gedächtnis der Reformation rufen; und wenn wir Evangelischen dieser Einladung folgen, so bedenken wir dabei unsere Verantwortung für die ganze Christenheit, ja für die ganze Welt, und sind also gerade in dieser Erinnerung an die Reformation nicht allein.“

AN ALLE UNSERE LESER,

die ihren Unkostenbeitrag in Höhe von DM 5,— für den Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ im laufenden Jahr noch nicht überwiesen haben, ergeht hiermit die herzliche Bitte, dies nach Möglichkeit bis zum Jahreswechsel nachzuholen, damit die Weiterbelieferung im Jahre 1960 keine unerwünschte Unterbrechung erfährt. Auch für höhere Unkostenbeiträge, die einer weiteren Verbreitung unseres Blattes zugute kommen, sind wir dankbar. Alle Überweisungen sind mit dem Vermerk „betr. Ev. Verantwortung“ zu richten an:

Deutsches Monatsblatt GmbH, Siegen/Westf.
Postcheckkonto: Köln 171 07
Bankkonto: Dresdner Bank, Siegen 40 08

Herausgeber und Verlag

DIE POLITISCHE VERANTWORTUNG DES CHRISTEN

von Kultusminister Edo Osterloh, Kiel

Das von Hanns Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt“ bezeichnet sich als „Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft“. Es ist von allen Gründungen und Werken Liljes am unmittelbarsten und in seiner Breitenwirkung wohl auch am erfolgreichsten darauf angelegt, in der evangelischen Christenheit das Bewußtsein der unausweichlichen politischen Verantwortung zu wecken, zu vertiefen und für den entschieden tätigen Einsatz fruchtbar zu machen. Aufschlußreich und bereits nahe an die uns beschäftigende Sachfrage heranzuführend ist ein kurzer Einblick in die Art, wie dieses Publikationsorgan arbeitet. Sein pressemäßiges Niveau hat sich „auf der Höhe der Zeit“ gehalten. Das aber ist schon ein nicht ganz unwesentliches Charakteristikum für unsere Auffassung von der politischen Verantwortung des Christen, daß sie „up to date“ sein muß, wenn sie ernst genommen sein will. Sie wird an unserer Gegenwart und unserer Zukunft gemessen und erträgt auch nicht den geringsten Geruch des Muffigen, Veralteten und Überholten.

Aktuelle Information und grundsätzliche Betrachtung

Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß die zuverlässige und aktuelle Information einen breiten Raum einnehmen muß. Man muß die wichtigsten Ereignisse kennen und die durch sie entstandene Lage überblicken können, wenn man politisch mitreden will. Tatsachen allein aber sind geistig unverdaulich, verstanden werden können sie nur durch ihre sachgemäße Zuordnung, durch eine immer wieder zu erneuernde, lebendig sich entwickelnde Gesamtschau und durch die Erhellung ihrer Beziehung zu unserer menschlichen Existenz. Deshalb sind grundsätzliche Betrachtungen, die weder das aktuell Konkrete noch die Gesamtorientierung aus dem Auge verlieren, unentbehrlich.

Unaufdringlich, aber zugleich unverhüllt und sehr bestimmt gibt das „Sonntagsblatt“ darüber Auskunft, daß es den Menschen nicht für den Gott der Welt hält, sondern daß es den Menschen unter dem Befehl, dem Gericht und der Verheißung des Herrn der Geschichte im Zeichen Jesu Christi sieht. Das „Sonntagsblatt“ verleugnet nicht seine theologische Grundhaltung und verachtet keineswegs eine echte dogmatische Substanz, aber es bedient sich entschlossen der Sprache unserer Gegenwart und vermeidet den Rückzug auf die uneinnehmbaren Bastionen der Begrifflichkeit unserer Väter und Ahnen.

Solidarität mit den Glaubenslosen

Auch der Nichtchrist kann das Sonntagsblatt fast immer ganz mit Gewinn und den größten Teil seiner Ausführungen sogar mit ausgesprochener Zustimmung lesen, ohne das peinliche Gefühl haben zu müssen, offen oder versteckt zu religiösen Bekenntnissen genötigt zu werden. Diese beiläufig bewährte Solidarität des Christen mit den Glaubenslosen sollte überall als ein typisches Kennzeichen der politischen Verantwortung aus dem evangelischen Glauben gelten. Denn in seiner politischen Verantwortung bejaht der Christ seine Gemeinschaft mit dem Nichtchristen, welche die gesamte irdisch zeitliche Existenz umfaßt. Er erkennt eine weltliche Ordnung mit ihren Gesetzen, Pflichten, Gefahren und Chancen als auch für sich weithin verbindlich an, obwohl sie durchweg seiner Glaubensentscheidung neutral oder sogar ablehnend gegenübersteht.

Darum ist der Christ verpflichtet, seine politischen Entscheidungen und Handlungen jedermann verständlich zu machen, soweit das überhaupt in seinen Kräften steht. Er muß sich auch bereit halten, grundsätzlich jedermanns Rat in Erwägung zu ziehen. Denn es ist zwar nicht jeder im Hauptberuf oder im Amt ein Politiker, kann es und soll es auch gar nicht sein, aber das Politische ist eine Sache, die jeden etwas angeht, in welchem Glauben oder Unglauben er auch zu leben meinen mag.

Vorchristliche Zeiten dachten darüber anders, und die Anhänger totalitärer Systeme heute tun es nicht minder. In der Antike ging die Politik nur die „Freien“, die privilegierten Vollbürger etwas an. Die „Sklaven“ konnten das Ghetto des Unpolitischen erst nach einer langen und an Kämpfen reichen geschichtlichen Entwicklung verlassen. Und in den totalitären Staaten der Gegenwart wird die politische Urteils- und Willensbildung entsprechend der jeweils orthodoxen Weltanschauungslehre bewußt auf die „staatstragende Schicht“ beschränkt. Das übrige Volk wird einfach „belehrt“ und beherrscht und notfalls terrorisiert. Im Prinzip wird ihm jedenfalls keine Verantwortlichkeit für die Politik zugestanden.

Das Beispiel der Urchristen

Wenn die Urchristen sich in der Überzeugung einig waren, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen — und das waren sie gewiß —, dann bedeutete der ihnen befohlene Gehorsam gegenüber der Obrigkeit nicht das Abfinden mit einem unpolitischen Ghetto-Dasein, vielmehr die innere Notwendigkeit, diesen Gehorsam — ihre politische Existenz — in seiner konkreten Gestalt verantwortlich zu durchdenken und zu gestalten. Die Urchristenheit bestand zwar nicht aus Putschisten und Revolutionären, sie stellte aber alsbald ungezählte Blutopfer, weil es ihr schlechterdings nicht möglich war, sich an der Abgötterei des vom Staate geforderten Kaiserkultes zu beteiligen. Andererseits zeigen die Schriften des Neuen Testaments, wie unbefangen man sich Laster- und Tugendkataloge weitgehend zu eigen machte, die auch im Heidentum Gültigkeit hatten, und wie großen Wert man darauf legte, nicht nur keinen Anstoß unter den Andersgläubigen zu erregen, sondern sie durch Rede und Verhalten zu überzeugen. Die ersten Christen konnten gar nicht auf den Gedanken kommen, ihren Gegnern die politische Verantwortlichkeit zu bestreiten; das Auftreten der Apologeten und ihre Methode der Gesprächsführung mit dem außer- und antichristlichen Geist ihrer Zeit beweist den arglosen Respekt der Christen vor den vernünftig politischen Ansichten und Einrichtungen der nichtchristlichen Welt. Dabei wurden sie nicht zu Verrätern an ihrem Herrn und gaben ihre Erwählung als Fremdlinge mitten in einer untergehenden Ära im Entscheidenden nicht auf.

Bis zu der im großen Umfange noch für unsere heutige Zeit grundlegenden Entscheidung Konstantins des Großen über das rechtliche Verhältnis von Staat und Christentum galt der christliche Glaube wegen seines religiösen Gehaltes als staatsfeindlich und sollte ausgerottet werden, weil die Christen sich weigerten, am Kaiserkult teilzunehmen. Diese Weigerung schien den letzten Zusammenhalt des Reiches in Gefahr zu bringen. Daß Konstantin eine totale Wende in der Religionspolitik des römischen Reiches herbeiführen und den bisher offiziell verfeimten Glauben zur Staatsreligion erklären und als solche juristisch privilegieren konnte,

war nur möglich, weil die Christen inzwischen nicht nur sehr zahlreich geworden waren, sondern weil sie durch ihr bürgerliches Verhalten, durch ihre Leistungen für die Gesamtheit, durch das Ansehen, das sie in ihrer Umgebung genossen, durch ihre zuverlässige Gesetzestreue, durch die „Moral ihrer Truppe“ einen politischen Aktivposten innerhalb der Bevölkerung darstellten, auf dessen uneingeschränkte Mitarbeit der Staat auf die Dauer einfach nicht verzichten konnte.

Im staatlichen Leben ist die Empirie ein entscheidender Prüfstein für alle Maßnahmen. Die Christenheit wird immer nur soviel politische Verantwortung tatsächlich wahrnehmen können, als ihre empirische Daseinsgestaltung zu tragen und glaubwürdig zu bewähren vermag.

Die verfolgten Christen der vorkonstantinischen Zeit haben sich unter dem Schatten und der Verheißung des Martyriums natürlich gar nicht vorstellen können, daß ihre Nachkommen einmal über den Einsatz öffentlicher Gewalt verantwortlich verfügen müßten. Aber diese Christen haben sich als die Verachteten und Gejagten nie zu Anarchisten und Staatsfeinden verbittern und verderben lassen, sondern sie beteten für die Obrigkeit und sahen Behörden und staatliche Einrichtungen trotz widerwärtiger und schmerzlicher alltäglicher Erfahrung als Gottes wohlthätige Institutionen an. Sie ließen sich auch durch den Mißbrauch staatlicher Gewalt nicht an ihrer Glaubenserkenntnis irre machen, daß das Schwert des Staates eigentlich nur für die Bösen zu fürchten sei, den Guten aber Schutz und Lohn gewähren müsse. Sie sahen ihre behördlichen Peiniger und politischen Gegner beharrlich im Lichte der Aufgabe, welche die Obrigkeit von Gott für die Handhabung des Rechtes und die Wahrung des Friedens übertragen bekommen hat.

Die Loyalität der ältesten Christenheit zum Staat war von einer souveränen Unabhängigkeit gegenüber der Frage, ob sie vom Staat honoriert oder verspottet wurde. Weil die Christen sich von allen Mächten erlöst und zur Freiheit der Kinder Gottes berufen wissen, darum können sie sich auch dem antichristlichen Staat unterordnen, ohne ihr Christsein zu verlieren und ohne den Staat zu vergotten.

Politische Wirksamkeit durch bloße Existenz

Zwei Ströme aus dem Quellgrunde des christlichen Glaubens sind es vor allen Dingen, welche bewirken, daß die Christenheit von selbst, ohne eigene Absicht und abgesehen von jeder bewußten Zwecksetzung durch ihre bloße Existenz politisch „brauchbar“ und „fruchtbar“ wird:

In ihrem Kanon übernimmt und achtet sie das Alte Testament als Wort Gottes und weiß sich dadurch an Gottes Gesetz gebunden. Zugleich findet sie ihre eigene „Urgeschichte“ in der Geschichte des Volkes Gottes unter den Völkern und sieht Gott den Schöpfer immer auch als den Regenten der Geschichte und Herrn über alles politische Geschehen. Die Glaubensgemeinde trägt von ihrem Ursprung an die Sendung an das Volk und die Völker, und sie weiß sich verantwortlich für die Ausrichtung alles irdisch menschlichen Rechtes am göttlichen Gesetz.

Mindestens ebenso wichtig für die indirekte und als solche zunächst völlig verborgene politische Wirksamkeit der ältesten Christenheit ist ihre Liebestätigkeit. In einem gewissen Sinne kann man sagen, daß die heidnische Antike vor den christlichen Werken der Barmherzigkeit kapituliert hat. Das verpflichtende Bild vom barmherzigen Samariter, der Glaube an den Opfertod Christi für die Sünder, das Evangelium vom Heiland der Kranken, Krüppel, Armen, Verstoßenen, Ver-

achteten, Verlorenen, die Botschaft von der schrankenlosen Gnade Gottes — das war ein Same, der überreiche und in der Alten Welt ganz unbekannt Frucht getragen hat. Hier wurde der Angeknickte nicht zerbrochen, der Gefallene nicht verstoßen, der Verwundete nicht getötet, der Arme und Rechtlose nicht verachtet und der Ubertreter des Gesetzes nicht verfehmt. Hier erfolgten Pflege und Heilung des Verseuchten, Tröstung des Verzweifelten, Wiederaufrichtung und Besserung des Gestrauchelten, selbstloses Opfer für den Gefährdeten und Verlorenen. Menschen wurden von den Christen nicht preisgegeben, sondern mit brüderlicher Liebe gerettet und in überraschend zahlreichen Fällen für ein erneuertes Leben gewonnen.

Der „heilige“ Wandel der Christen, der aus der Dankbarkeit für die durch Christus geschenkte Sündenvergebung und aus dem ersten Respekt vor dem Gebote Gottes entsprang, machte aus ihnen keine Pharisäer und keine abgeschlossene Kaste, sondern Gemeinschaften, die mittragen an dem Leid der gequälten Menschheit und es mit allen Kräften zu lindern versuchten.

Tätige, selbstlose, erfindungsreiche Nächstenliebe und eine nüchterne, zuverlässige, an der Schrift geschulte, auf Gottes Offenbarung begründete kritische Loyalität gegenüber den Behörden und dem Staat sind die tief im Glauben verankerten Fundamente für ein Gebäude, in dem auch außerchristliche und unchristliche Staatswesen die Wohltat der politischen Verantwortung des Christen erfahren können.

Freiheit und Dienst

In letzter Tiefe ist die unvertauschbare Eigenart der politischen Verantwortung des Christen im Reformationszeitalter erkannt und von Luther und seinen Mitarbeitern bejaht und praktiziert worden. In der dialektischen Doppelaussage über die Freiheit eines Christenmenschen, die für all sein Handeln und Denken zutrifft, tritt zutage, daß der Christ die Politik nicht gebrauchen kann, um das Reich Gottes auf Erden aufzurichten. Gleichzeitig wird jedoch offenbar, daß der Christ die Politik nicht entbehren kann, wenn er in seinem diesseitigen Leben die Freiheit und den Glauben in der Liebe bewahren will. Die Verpflichtung gegenüber jedermann und jeder Sache ist ein ausschlaggebendes Merkmal der Politik; die Freiheit in der alleinigen Bindung an Gott kennzeichnet den Christen.

So konnte Luther die sozialen und politischen Forderungen der Bauern vor ihrem revolutionären Aufstand — soweit sie vernünftig begründet waren — unterstützen. Als sich mit diesen relativ berechtigten Ansprüchen aber die schwärmerische Irrlehre verband, durch die Erfüllung des Programms der Bauern werde die christliche Freiheit verwirklicht und dem neu entdeckten Evangelium Gehorsam geleistet, da forderte der Reformator die Niederwerfung ihres Aufruhrs. Luther wird wegen dieser seiner unmißverständlichen Haltung von all denen angegriffen, die nicht verstehen oder anerkennen können, daß es die gefährlichste Form antichristlicher Politik ist, wenn noch so berechnete eigene Interessen und Ansprüche mit Gewalt unter Berufung auf das Evangelium oder die christliche Freiheit durchgesetzt werden sollen.

Der christliche Glaube eignet sich weder als unmittelbares Motiv noch als Kampfmittel für die Politik. Es geht in der Politik immer um die Selbstbehauptung, im Glauben um Gnade, in der Politik um Ordnung und Gesetz, im Glauben um Freiheit und Wunder. Das Gebot der Nächstenliebe setzt die Eigenliebe voraus und vernichtet sie nicht, sondern bestätigt sie durch ihre Bindung an den Nächsten. Wo der Nächste geliebt wird wie das eigene Ich, da hat sich das Wunder des Glau-

bens vollzogen, daß ein Mensch seine Freiheit erhalten hat und in ihr für seinen Nächsten eingetreten ist.

Wer das aber mit Gewalt und politischen Mitteln erreichen will, der maßt sich an, Gottes ureigenstes Werk vollbringen zu können und entpuppt sich dadurch als ein Feind des Evangeliums und der wahren Christenheit.

Die Relativität alles Politischen

Der Christ weiß, daß die Politik nicht die Möglichkeit umschließt, die Welt, ihre Ordnungen und die Art der Menschen grundlegend zu verwandeln. Gesetze müssen notfalls mit Gewalt und Zwang zur Anwendung gebracht werden, chaotische Kräfte liegen stets auf der Lauer, um Frieden und Rechtssicherheit zu zerstören. Darum kommt man bis zum Jüngsten Tage in der Menschheit nicht ohne Kommandogewalt auf der einen und Gehorsamsverpflichtung auf der anderen Seite aus.

Der Christ, welcher um die Situation der menschlichen Gesellschaft weiß, die durch solche Andeutungen gekennzeichnet ist, trägt die politische Verantwortung dafür, daß politische Zielsetzungen und Unternehmungen rechtzeitig nachdrücklich relativiert werden. Der Christ hat die Pflicht, unüberhörbar vor dem Titanenfrevl zu warnen, auf politischem Wege Endlösungen, absolute Ordnungen oder gar das Gottesreich zu erstreben. Solche Versuche, die Relativität alles Politischen zu durchbrechen oder zu überwinden und das Totale zu erreichen, haben sich historisch bisher immer als das erwiesen, als was sie auch grundsätzlich demaskiert werden können, nämlich als ein verblendeter oder verbrecherischer Anschlag gegen die Voraussetzungen gesellschaftlichen Daseins.

Luthers revolutionäre Glaubenstat

Diese Betrachtungen führen nun aber keineswegs zu dem bequemen Schluß, der Christ könne oder müsse gar jede politische Ordnung in ihrem vorgefundenen Zustand als solche zu rechtfertigen, zu verteidigen oder auch nur anzuerkennen versuchen. Christen sind nicht geborene oder getaufte Anhänger eines blinden Konservatismus oder verstockte Reaktionäre. Auch hier ist ein Blick auf Luthers Verhalten hilfreich: Er hat sich besonders auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet durch konstruktive Kritik und mit konkreten Vorschlägen zum Teil sehr erfolgreich bemüht, die Lebensverhältnisse seiner Zeit zu bessern. Als entscheidend und für uns beispielgebend muß hervorgehoben werden — ein prinzipielles Merkmal des Christlichen —, daß es Luther bei seinen Reformvorschlägen so gut wie gar nicht auf die Theorie, aber um so leidenschaftlicher auf die Praxis ankam. Der Reformator hat aus dem Glauben heraus auch Revolutionäres gewagt, aus dem sich tiefgreifende politische Folgen ergeben haben. Die Verwerfung und Verbrennung des kanonischen Rechtes hat politisch ein neues Zeitalter eingeleitet. Diese Tat erfolgte aber nicht auf dem Felde politischer Kalkulation, war kein Gewaltakt und unterjochte niemanden einer neuen Macht. Im Gefolge Luthers konnte sich der evangelische Christ in Zukunft nicht mehr auf ein sakrosanktes Recht berufen und mußte auch seine kirchlichen Anliegen, soweit sie in dem Raume politischer Ordnungen Berücksichtigung verlangten, auf dem Boden und mit den Mitteln des geltenden staatlichen Rechtes vertreten.

Auftrag an Volk und Staat

Seitdem trägt der Christ in einer evangelischen Kirche auch dafür mit die politische Verantwortung, daß Recht und Ordnung des Staates die Verkündigung des Evangeliums, die Verwaltung der Sakramente, die kirchliche Liebestätigkeit und die innere Unabhängigkeit und un-

gehinderte Entwicklungsmöglichkeit des gesamten kirchlichen Lebens zulassen und gewährleisten. Staatlich anerkanntes evangelisches Kirchenrecht ist notwendig, damit die an der Reformation ausgerichtete Christenheit ihren von Gott kommenden Auftrag an Volk und Staat ausrichten kann. Auch der katholische Christ, der seine politische Verantwortung in unserer Gegenwart recht versteht, müßte dafür eintreten können, wie es für jeden Evangelischen ebenfalls selbstverständlich sein sollte, politisch für ein vom Staat garantiertes Lebensrecht der katholischen Kirche zu votieren.

Der Christ handelt keineswegs primitiv egoistisch, wenn er sich politisch für die Anerkennung des Lebensrechtes seiner Kirche in Volk und Staat verwendet. Es liegt nämlich im wohlverstandenen Interesse von Volk und Staat, in rechtlich verbindlicher Weise nachbarschaftlich mit der Kirche verbunden zu sein. Das rein Politische erhält dadurch die Chance, von einer unabhängigen, aber im Recht verbündeten Instanz angeredet und im innersten Gewissen wachgehalten zu werden. Das „Recht“ der Kirche vertritt nicht die Meinungen und Anliegen eines Vereins, sondern die Stimme Gottes. Der Christ ist politisch mitverantwortlich dafür, daß Volk und Staat sich nicht die Möglichkeit verbauen, diese Stimme zu vernehmen.

Mitverantwortung in jedem politischen Bereich

Das hat seine ganz bestimmten Folgen für alle Gebiete des öffentlichen Lebens und dementsprechend für alle Zweige der Politik in unserer modernen Gesellschaft. Der unbegrenzte Öffentlichkeitsauftrag der Kirche entspricht sowohl dem universellen Charakter ihrer Sendung wie der Tatsache, daß — uns heute besonders bewußt — der gleiche Mensch unteilbar in seinem Geschick von allen Bereichen der Politik mitbetroffen wird. Für die Erhaltung des Friedens und die Abwehr des Krieges soll die Außenpolitik sorgen; sie kann das gewünschte Ergebnis nicht erreichen, wenn ihre Position nicht von einer vernünftigen Verteidigungspolitik gestützt wird. Verteidigung und eine gute Atmosphäre im Umgang mit anderen Nationen sind nicht möglich ohne eine erfolgreiche Wirtschafts- und Handelspolitik. Diese setzt für ihr Gedeihen eine verantwortungsbewußte Unternehmerschaft sowie eine einsatzbereite Arbeiterschaft voraus. Hilfestellung dazu hat die Arbeits- und Sozialpolitik zu leisten. In allen Industriestaaten hat sich die Notwendigkeit ergeben, die durch die neuzeitliche Entwicklung der Gesellschaft in ihrer äußeren Existenz gefährdete Familie durch eigene familienpolitische Maßnahmen zu schützen. Die Steuern erinnern jeden mit unausweichlicher Regelmäßigkeit an die „existenzielle“ Bedeutung der Finanzpolitik, während vermutlich die Beziehung der Polizei zur Innenpolitik weniger bekannt ist. Die Diskussionen über die Todesstrafe, über die Reform des Ehe- und Erziehungsrechtes und über den Rechtsschutz der persönlichen Ehre sind nur wenige Beispiele dafür, wie die rechtspolitischen Fragen jeden Bürger angehen und bewegen. Bei der Kulturpolitik ist es ohne weiteres einleuchtend, daß der Christ sich weder von der Mitverantwortung für Unterricht und Erziehung der heranwachsenden Generation in unseren Schulen, noch von der Sorge um Forschung und Lehre, noch von der Förderung von Kunst und Dichtung lossagen kann. — Überall geht es darum, daß der Mensch seiner Würde gemäß leben, seine Aufgabe finden und erfüllen kann. Niemand, der sich hier der politischen Mitverantwortung entziehen will, kann eine solche Weigerung mit dem christlichen Glauben begründen.

Der christliche Glaube als solcher vermittelt freilich kein politisches Fachwissen. Und doch ist dieser christliche Glaube nicht durch politische Blindheit gekennzeichnet. Die Tatsache, daß überzeugte Christen, auch

aus verschiedenen politischen Parteien, immer wieder die Möglichkeit finden, sich zu verständigen und sich auf konkrete politische Ziele zu einigen, sowie das Bestehen und Wirken großer politischer Volksparteien unter dem Vorzeichen des Christlichen mit sehr unterschiedlichen konservativen, liberalen, sozialen, klerikalen, säkularen, protestantischen und katholischen Kräften sind zuletzt begründet in bestimmten gemeinsamen Inhalten des Glaubens.

Kennzeichen einer von Christen verantworteten Politik

Mit wenigen Hinweisen wollen wir am Schluß darauf aufmerksam machen, daß eine von Christen verantwortete Politik als solche durchaus erkennbar und von einer neutralen oder antichristlichen Politik zu unterscheiden ist.

Weil der Christ seinen Gott als den Herrn wirklich aller Menschen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses kennt und weil er zugleich weiß, daß nur im Evangelium das Heil zu finden ist, wird er immer für eine tolerante Kulturpolitik eintreten und alles unterstützen, was dazu dient, daß alle Menschen in Freiheit dem Evangelium begegnen können.

Das Wissen um Gottes Gebot und der Glaube an die Vergebung der Sünden führen politisch zum Respekt

vor der Autorität des Staates und seiner Rechtspflege im Verein mit dem Eintreten für eine nüchterne Humanität.

Der Glaube an den Schöpfer der Welt und Herrn der Geschichte gemeinsam mit dem Einblick in die Vergänglichkeit des Diesseits machen dem Christen den politischen Aberglauben sowohl an die unbewegliche Statik des Überkommenen wie an eine Endlösung durch revolutionären Umsturz unmöglich.

Unter dem Gebot der Nächstenliebe wirkt der Christ mit bei allen Anstrengungen, die soziale Gerechtigkeit erstreben. Die Utopie der Errichtung eines irdischen Paradieses aber bekämpft er als lebensgefährliche Fata Morgana, da er sie als gottlose Überheblichkeit durchschaut.

Der Friede unter den Völkern, für die der Christ mit kompromißlosem Ernst eintritt, umfaßt den Schutz der zur Menschenwürde gehörenden Freiheit, die Geltung und Anwendung anerkannter und bekannter Rechtsordnungen sowie den Respekt vor dem Glauben. Der Christ kann die Völkerwelt weder dem Teufel noch dem Grabe überlassen.

(Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: „Gott ist am Werk“, Festschrift für Landesbischof D. Hanns Lilje zum 60. Geburtstag, herausgegeben von Heinz Brunotte und Erich Ruppel, Furche-Verlag, Hamburg, 1959, 350 Seiten, Leinen DM 14,80.)

STILFRAGEN MIT HINTERGRUND

Anmerkungen zum Verhältnis von christlicher und staatsbürgerlicher Existenz

von Dr. Ernst Rasch, Bethel bei Bielefeld

Der von Jahr zu Jahr zunehmende kirchliche Reiseverkehr, der evangelische Christen aus verschiedenen Ländern zusammenführt, vermittelt dem jeweiligen Besucher nicht nur Erkenntnisse, die auf den inneren Linien des kirchlichen Lebens liegen. Auch wie sich die Gastgeber zu Volk und Staat verhalten, wie sie überhaupt in politischen Dingen denken und handeln, wird deutlich. Dazu bedarf es nicht immer langer Darlegungen; schon gewisse äußere Eindrücke sind aufschlußreich und können Anlaß zu einer heilsamen Selbstkritik sein.

Blick über die Grenzen

Als die französischen Reformierten im Sommer d. J. in Paris das Jubiläum ihrer ersten Nationalsynode begingen, die sich vor 400 Jahren in Paris konstituiert hatte, war über dem Hauptportal ihrer zentralen Kirche, des nahe beim Louvre gelegenen „Oratoire“, eine große Trikolore als einziger Schmuck angebracht. Die Gemeinde der kirchlich führenden Männer, darunter mancher politische „Nonkonformist“ im heutigen Frankreich bezeugte bei diesem Ereignis, das die Erinnerung an die Opfer härtester Glaubensverfolgung durch politische Mächte wiederaufleben ließ, ihren Respekt vor dem Symbol der Nation. Bei den Ansprachen wurde keine Bitterkeit gegen das ancien régime laut, wie auch dem Gedenken an die Märtyrer des Protestantismus jeder Ton falscher Helldenverehrung fehlte.

Ein anderes Bild aus dem nordischen Kirchentum: Evangelische Journalisten aus Europa versammelten sich im vergangenen Sommer zu Beginn ihrer Jahreskonferenz in der Kapelle des Schlosses zu Malmö. Bevor hier der Primas der lutherischen Kirche Schwedens, Erzbischof Hultgren, die Eröffnungsansprache hielt — er erwies sich als guter Interpret des kirchlichen Auftrags in der modernen Massengesellschaft — trugen zwei uniformierte junge Frauen die schwedische Nationalfahne in

den Chor der Kapelle, wobei sich die Versammlung erhob. Dann ertönte das gemeinsam gesungene „Ein feste Burg“, und ehe der Festakt mit dem Auszug der Fahne endete, wurde die schwedische Nationalhymne gesungen. Es gab noch weitere Beispiele, an denen die Besucher die sichtbare Verbundenheit kirchlicher und nationaler Ausdrucksformen bei öffentlichen Feiern erleben konnten.

Vom amerikanischen Kirchentum weiß man, daß auch dort das Sternenbanner vielfach in der Nähe des Altars seinen Platz hat, selbst bei solchen Denominationen, die sich auf die puritanischen Pilgerväter, die radikalen Gegner des altenglischen Staatskirchentums, zurückführen.

Deutsche Befangtheit

Hält man diesem unbefangenen Einbeziehen heilgebliebener nationaler Symbole in den kirchlichen Raum und ebenso dem umgekehrten Vorgang die deutsche Problematik entgegen, so wird man auf die Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung verwiesen. In der Tat ist uns durch die notvollen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart jene Unbefangtheit ausländischer Christen gründlich genommen worden. So hat — um dafür nur Stichworte anzuführen — nach dem Sturz der Monarchie, die noch geistliche Hoheitsrechte beanspruchte und damit gelegentlich repräsentierte, die Weimarer Verfassung Kirche und Staat getrennt, wenn auch nicht bis zu den letzten Konsequenzen. Der Nationalsozialismus täuschte anfangs ein „positives Christentum“ vor, gewann auf diese Weise Gläubige und ließ es zu, daß das Hakenkreuz an und in Kirchen erschien. Bald aber machte er sehr deutlich, daß er sich als „Gegenkirche“ des Rassenwahns etablieren und mit einem eigenen Kultus ausstatten wollte — ein Unternehmen, das die Machthaber der Zone mit materialistisch-atheistischem Vorzeichen wiederholen, wobei sie ihrem ebenso

aufdringlichen wie verlogenen Patriotismus so etwas wie religiöse Weihe geben.

Alles dies ist für uns Grund genug, um das Verhältnis von Kirche und Staat besonders kritisch zu prüfen; Grund genug auch, um auf der Suche nach einem angemessenen Stil des öffentlichen Lebens weder Vergangenes einfach zu restaurieren, noch solche Völker nachzuahmen, die in ihrer jüngsten Geschichte nicht so tiefe und gewaltsame Zäsuren erlebt haben.

Die Mißvergnüften

So wenig hier also Takt, Behutsamkeit und Geduld durch schnelle Patentlösungen zu ersetzen sind; so gewiß trifft es zu, daß die Begegnung mit ausländischen Christen dazu beitragen kann, über die deutsche Problematik hinauszugelangen und sich ohne hemmende Scheu konkreten politischen Aufgaben zu stellen. Die notwendige Klärung der Grundfragen christlicher und politischer Existenz, der Eigenständigkeit von Kirche und Staat und ihrer legitimen Zusammenarbeit, verliert an theoretischer Blässe, wenn sie mit der Erprobung und Bewährung politischen Handelns im öffentlichen Leben einhergeht.

Darauf aber ist gerade die moderne Demokratie angewiesen, die ohne die Mitarbeit der Staatsbürger auf allen Ebenen des Gemeinwesens zu einer Apparatur herrschsüchtiger Funktionäre erstarren würde. Der heute noch gültige Sinn der Steinschen Reformen ist, daß die Verantwortung für die staatliche Ordnung aus dem ständigen und breiten Zusammenwirken freiwilliger und beruflicher Kräfte erwächst.

Man erfüllt diesen Sinn nicht, wenn man jenes Mißvergnügen an politischen Dingen pflegt, in dem sich manche evangelisch-kirchlichen Kreise in der Bundesrepublik gefallen. Da ihnen „die ganze Richtung nicht paßt“, widerstrebt ihnen auch die Übernahme politischer Verantwortung, sei es an einer sichtbaren oder an einer bescheidenen Stelle ehrenamtlichen Dienstes in der Öffentlichkeit. Die Mitgliedschaft in einer Partei empfinden sie ohnehin als indiskutable Zumutung. erinnert man sie daran, daß von den Nachfahren Luthers gerade auf dem heutigen Kampfplatz der Weltanschauungen und Ideologien in der Mitte Europas neben der Teilnahme am kirchlichen auch eine verantwortungsbewußte Teilnahme am staatlichen Leben gefordert sei, so rechnen sie sich gern zu den „Stillen im Lande“, die sich zu gut dafür dünken. Was sie aber nicht hindert, im Blick auf den Staat über Verweltlichung, Parteienherrschaft, Mangel an paritätischer Behandlung der Konfessionen usw. immer wieder lebhafte Klage zu führen.

Ansätze politischer Ethik

Daß diese Passivität nur langsam weichen will, hat seine Ursache in erster Linie darin, daß die Demokratie als politische Lebensform in Deutschland im Vergleich zu anderen Nationen noch sehr jung ist. Auch das Staatsdenken des deutschen Protestantismus hat erst allmählich die grundlegenden Begriffe und sozialen Tatbestände erfaßt, durch die sich die Demokratie vom Polizeistaat unterscheidet. Die Entwicklung einer zeitgemäßen politischen Ethik erfuhr jedoch durch die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus eine schmerzliche Unterbrechung. So mag man den politischen Abstinenten von heute in einem begrenzten Maße „mildernde Umstände“ zubilligen.

Aber wir sollten uns ruhig ein wenig mehr von ausländischen Christen beeindruckt lassen. Die französischen Protestanten — mit ihren 800 000 Gemeindegliedern eine kleine, jedoch aktive Minderheit unter den 43 Millionen Landesbewohnern — haben bei ihrem letzten Kirchentag in Straßburg mit unverdrossenem Eifer auf Ansatzpunkte

einer praktikablen Staatsbürgerschaft hingewiesen und dabei die kommunale Verwaltung des Dorfes ebenso berücksichtigt wie das Tätigkeitsfeld der Parteien am Sitz der Regierung. Amerikanische Kirchenvertreter jeder Glaubensrichtung machen unbedenklich von dem Anerbieten zentraler staatlicher Stellen und politischer Körperschaften in Washington Gebrauch, sich über die Motive und den Verlauf der Regierungsgeschäfte an Ort und Stelle zu unterrichten. Sie verpflichten sich dadurch zu nichts anderem als zu einer wahrheits- und sachgemäßen Verwertung der ihnen zuteil gewordenen Informationen.

Auf der gleichen Kirchenbank . . .

Bei den Engländern hat die Ausübung politischer Rechte und Pflichten noch eine kirchliche Parallele: Im anglikanischen Gottesdienst gibt es das Amt des Lektors, das von Laien aus der Gemeinde wahrgenommen wird. So saßen am Sonntag vor den Parlamentswahlen der konservative Parteiführer Macmillan und sein Gegenkandidat von der Labour Party einträchtig nebeneinander in ihrer gemeinsamen Ortskirche, um im Verlauf des Gottesdienstes der Gemeinde die vorgesehenen Bibelabschnitte zu verlesen. Ein solcher Kirchendienst, der Männer der verschiedenen Parteien und sozialen Schichten verbindet, kann sich zweifellos wohltuend im bürgerlichen Leben auswirken.

Der deutsche Protestantismus in seiner landeskirchlichen Form kennt dieses Lektorenamt als normale Einrichtung nicht. Es mag ihm ein Hinweis auf das evangelische Laienapostolat sein, das einer Förderung so oder so dringend bedarf. Das heißt: die Kirche sollte mehr Laien ermutigen, Aufgaben in der Gemeinde zu übernehmen, aber auch im politischen Alltag mit ihrem Christenstand ernst zu machen.

Jetzt vollständig!

EVANGELISCHES KIRCHEN-LEXIKON

Kirchlich-theologisches Handwörterbuch

Herausgegeben von Präsident D. Heinz Brunotte und Professor D. Otto Weber

BAND I—III: 2742 S., Ln. 226,- DM, Hldr. 236,- DM

Ein Registerband (Preis ca. 35,- DM) wird Anfang 1960 erscheinen. Dann erlischt der Subskriptionspreis.

Die besonderen Vorzüge dieses Nachschlagewerkes:

Umfassend auf knappem Raum

Höchste wissenschaftliche Leistung in faßlicher Form

Gegenwartsnähe — verlässliches Urteil — weltweiter Horizont

Zusammenfassende Überblicke, statt verstreuter Details

„Erstaunlich reichhaltig, ja vollständig die Auswahl der Artikel. Viele von ihnen geradezu Kabinettstücke! Alles auf dem neuesten Stand der Wissenschaft, auch in den Angaben der Literatur, auch aus den Nachbargebieten, wie z. B. Philosophie, Nachbarländer, katholische Theologie, Berufs- und Bildungswesen. Ich bin in diesem Werk bis jetzt noch auf keine Lücke gestoßen.“

D. Karl Bender in „Handreichung für die Pfarrer der Badischen Landeskirche“

VANDENHOECK & RUPRECHT
IN GÖTTINGEN UND ZÜRICH

DAS NEUE PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATEN

von * * *

Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag, der vom 13. bis 15. November in Bad Godesberg stattfand, hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ohne große innere Auseinandersetzung ein neues Programm gegeben. Es führt den Titel „Grundsatzprogramm“ und wird von den Parteihistorikern als das fünfte grundsätzliche Programm der Partei ausgegeben. Die Berichterstattung in der Presse und auch die ersten Kommentare von Freund und Feind vermitteln den Eindruck eines propagandistischen Einbruchs. Deshalb ist es erforderlich, sich kurz die historischen Zusammenhänge und die Entstehungsgeschichte des neuen Programms zu vergegenwärtigen, um zu einer sachlichen und nüchternen Beurteilung imstande zu sein.

I.

Das „Kommunistische Manifest“

Die erste programmatische Formulierung des Sozialismus (wenn man vom sogenannten utopischen Sozialismus und anderen publizistischen Vorläufern abieht) war das 1848 veröffentlichte „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. In ihm sind alle Elemente enthalten, die in der Geschichte der sozialistischen Bewegung im guten wie im bösen wirksam waren: die Theorie des Klassenkampfes (der ein gewisses historisches Recht auch von ernsthaften bürgerlichen Gesellschaftsanalytikern kaum je bestritten wurde), der antireligiöse Affekt, die Hoffnung auf den paradiesischen Endzustand der klassenlosen Gesellschaft und vor allem der Aufruf zur solidarischen Aktion der Arbeiterklasse, welche die Gesellschaft umgestalten und über die Diktatur des Proletariats die Befreiung des Menschen und die Aufhebung seiner Entfremdung herbeiführen sollte.

Das Manifest ist nie offizielles Parteiprogramm der SPD geworden, obwohl es ganz zweifellos das hervorragendste Dokument des Sozialismus als sprachliche und gedankliche Leistung bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Die Gerechtigkeit gebietet zu sagen, daß die SPD nie marxistisch im Sinne der vollständigen Übernahme der Marxschen Theoreme gewesen ist. Das Verhältnis von SPD und KPD zum gemeinsamen Urvater läßt sich vergleichen dem der Rechts- und Linkshegelianer zu dem großen preußischen Staatsphilosophen, von dem ja Marx selbst seinen philosophischen Ausgang nahm.

Das Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

Als eine erste programmatische Äußerung der organisierten Arbeiterbewegung kann man den § 1 des Statuts des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1863 verstehen:

„Unter dem Namen Deutscher Arbeiterverein begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Beseitigung der Klassegegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.“

Auf friedlichem und legalem Wege — man sieht, daß hier an der Wiege der Arbeiterbewegung von Marxismus gar keine Rede sein kann. Die zitierte Formulierung, die

auf den großen Sozialistenführer Lassalle zurückgeht, hat freilich nur den Wert einer wehmütigen Erinnerung daran, was aus einer undoktrinären, der englischen vergleichbaren Arbeiterbewegung hätte werden können. Denn nach dem Tode von Lassalle setzten sich die Marxisten immer entschiedener durch, über das Eisenacher Programm von 1869 zum Gothaer Programm von 1875, durch welches die Lassallesche Richtung völlig zurückgedrängt wurde.

Das Gothaer und das Erfurter Programm

Das Gothaer Programm, das von der SPD als das erste Grundsatzprogramm der Partei angesehen wird, erwartet „nur aus dem Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine Besserung der Lage des internationalen Proletariats“. (So der sozialdemokratische Parteihistoriker Ludwig Bergsträsser). Schon zu Zeiten des Gothaer Programms zeigte sich jedoch der der SPD eigentümliche Zwiespalt von Theorie und Wirklichkeit: Die Partei war in der politischen Praxis entschieden gemäßigter als in der Theorie und hat nicht ein einziges Mal ernstlich den Versuch unternommen, die Legalität gewaltsam anzugreifen.

Das Gothaer Programm wurde abgelöst durch ein Programm, das 1891 auf dem Erfurter Parteitag beschlossen wurde. Es setzte die in Gotha begonnene Entwicklung konsequent fort: Der theoretische Teil des Programms wurde unter dem Einfluß des Parteiideologen Karl Kautsky gegen den Revisionisten Eduard Bernstein noch strenger marxistisch — während gleichzeitig der praktische, aktuelle Teil des Programms die Anpassung an die bestehende Ordnung fortführte. So verlangte man zu Erfurt die allgemeine Wehrpflicht, die Gleichberechtigung der Frau, die „Erklärung der Religion zur Privatsache“ (jedoch keineswegs aus militant-athetischem Geiste) und schließlich die progressive Einkommensteuer. Die meisten dieser Forderungen sind längst verwirklicht und zwar von Regierungen, die meist nicht unter sozialistischem Einfluß standen. Das Erfurter Programm blieb bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches in Kraft.

Das Görlitzer Programm

In Görlitz wurde 1921 ein weiteres Programm verabschiedet, das besonderes Interesse verdient, weil damals die SPD zum erstenmal in ihrer Geschichte an der Ausübung der Macht beteiligt war. Das Görlitzer Programm wiederholt summarisch die marxistische Gesellschaftsanalyse des Erfurter Programms und stellt folgende konkreten Forderungen auf: weitgehende Überführung von Wirtschaftskraft in Gemeineigentum, Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte systems, Einschränkung des Erbrechts, Trennung von Staat und Kirche, umfassende Schulreform. Und was hat die SPD von alledem realisiert? Nichts — die Revolution blieb Papier. Ihre großen Leistungen in der Weimarer Zeit, z. B. das moderne Arbeitsrecht, bedeuteten materiell nichts Revolutionäres. 1925 erfolgte eine programmatische Neuformulierung im sogenannten Heidelberger Programm, das inhaltlich nichts Neues brachte. Das Heidelberger Programm galt bis zum 15. November 1959, 16.30 Uhr, als mit 324 gegen 16 Stimmen das Godesberger Grundsatzprogramm verabschiedet wurde.

Bruch mit der Tradition

Diese gedrängte Übersicht über die sozialdemokratische Programmgeschichte lehrt eines: Der radikalen Theorie stand seit Bestehen der Partei eine durchaus gemäßigte

Praxis gegenüber. Die Programme waren echte Grundsatzprogramme in dem Sinn, daß sie eine „reine Lehre“ des Sozialismus ohne Rücksicht auf Opportunität und Stimmenfang darstellen. Konzessionen gab es in der Praxis, in der Theorie waren sie selten und ohne Folgen.

In Godesberg hat die Partei mit dieser fast hundertjährigen Tradition gebrochen: Ihr Programm ist weniger radikal als ihre Praxis, ihr theoretisches Konzept verbirgt im Opportunismus seiner Formulierungen die mangelnde Konzessionsbereitschaft gegenüber der Wirklichkeit. Das Programm unternimmt nicht einmal mehr den Versuch zu sagen, was Sozialismus, was sozialistische Lehre im Unterschied zu anderen politischen Anschauungen sei. Das Godesberger Programm führt den Namen Grundsatzprogramm zu Unrecht. Es beantwortet nicht mehr die Frage: Was ist der Sozialismus und was will er? Sondern: Wie kommt die SPD an die Macht? Das Programm ist nur mehr ein Instrument im Kampf um die Wählerstimmen.

II.

Vierjährige Reformarbeit mit unbrauchbarem Ergebnis

Den Anstoß zu dem neuen Programm gab die verlorene Bundestagswahl 1953. Der Berliner Parteitag der SPD beauftragte 1954 den Vorstand, ein neues, zeitgemäßeres und zugkräftigeres Programm vorzubereiten. Die Vorarbeiten wurden alsbald in Angriff genommen, ein großes Gremium mit einer Reihe von Unterkommissionen wurde gebildet, das ebenso langsam wie gründlich seine Tätigkeit aufnahm. Der SPD-Kulturwart Willi Eichler ging davon aus, daß auf der traditionellen Linie fortzufahren, also ein Programm zu entwerfen sei, das in minutiösem Detail eine Analyse der Gesellschaft, die sozialistische Doktrin und die entsprechenden Forderungen enthalte. Kein Wunder, daß Professor Gerhard Weisser (Universität Köln), der zum Kreis der Programmverfasser gehörte, am 9. September 1955 die Auffassung aussprach, daß man allein für die Diskussion des Programms fünf Jahre vorsehen müsse. Auf dem Münchner Parteitag 1956 mußte Eichler zugeben, daß über den Gang der Arbeiten noch nicht einmal eine Zwischenbilanz gegeben werden könne.

Dann kam die neue, noch empfindlichere Niederlage von 1957, die die Programmreformer zu plötzlicher hektischer Aktivität anspornte. Auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 konnten endlich Ausgaben über ein neues Programm gemacht werden. Die Programmkommissionen hatten einen unförmigen Entwurf hergestellt, der zum Leidwesen der Verfasser weder vor Vorstand noch Mitgliedschaft Gnade fand. Er wurde sang- und klanglos beerdigt.

Marxistische Thesen ausgemerzt

Eine neue Kommission nahm ihre Arbeit auf. Für die Theorie berief man den Schöpfer des revidierten Programms der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Benedikt Kautsky, der sich mit Erfolg der Aufgabe widmete, den Marxismus, den sein Vater energisch vertreten hatte, möglichst geräuschlos auszumerzen. Damit das Programm auch gefällig formuliert werde, holte man den ehemaligen Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, Fritz Sängler. Inhaltlich übten die politischen Praktiker Deist (Wirtschaft), Erlner (Verteidigung und Außenpolitik), v. Knoeringen (Kultur) und vor allem Herbert Wehner den größten Einfluß aus. Der im Juni 1958 veröffentlichte erste Entwurf füllte eine Broschüre von 64 Seiten. Der zweite, dem Godesberger Parteitag vorgelegte ist nicht einmal mehr ein Drittel so lang.

III.

In Zukunft allen alles ...

Der Inhalt des neuen Programms ist in der Presse ausführlich wiedergegeben und kommentiert worden. Nach einer beinahe lyrischen Präambel folgt ein grundsätzlicher Teil: „Grundwerte des Sozialismus“ — er ist genau 28 Zeilen lang. Diese 28, allen konkreten Sinnesbaren Zeilen sollen künftig bestimmen, was Sozialismus ist. In Wahrheit hat der Abschnitt nur ein Ziel: jede Angabe über die Doktrin der SPD von vornherein zu vermeiden. Der Sozialismus soll hinfort allen alles sein:

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben. — Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Grundsatzprogramm ohne Grundsätze

Die folgenden Einzelabschnitte halten diese Linie konsequent durch: Es wird nichts gesagt, was irgendjemanden vor den Kopf stoßen und was vor allem die Partei in ihrer Politik selbst festlegen könnte. Nach dem Entwurf kann die SPD sozialisieren, muß es aber nicht. Sie kann sich für die allgemeine Wehrpflicht entscheiden, aber auch dagegen. Lediglich im Abschnitt: „Das kulturelle Leben“ findet der Leser des Programms eine bescheidene Andeutung der zukünftigen Marschrichtung der Partei. Die SPD will den zweiten Bildungsweg, eine allgemeine zehnjährige Schulpflicht, die Ausbildung auch der Volksschullehrer an wissenschaftlichen Hochschulen, mehr Erwachsenenbildung. Die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche ist aufgegeben und durch die Bejahung des öffentlich-rechtlichen Schutzes der Kirchen ersetzt worden.

Selbst in der Frage des „Atomtodes“ — eines Schlagwortes, unter welchem die SPD eine jahrelange üble Kampagne führte — zeigt sich das Programm elastisch und zuvorkommend: „Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen (das sagt die Bundesregierung auch, d. Verf.) noch verwenden.“ Schließt „verwenden“ unbedingt die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen aus? Vielleicht ist hier noch eine Hintertür, wie sie das Programm auch sonst, z. B. in der Frage der Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik aufweist. Die SPD weiß natürlich genau, daß ein generelles Verbot der Lagerung atomarer Waffen in Westdeutschland eine empfindliche Schwächung der NATO bedeuten und praktisch den Abzug der amerikanischen Schutztruppen zur Folge haben würde. Also fordert sie, um nicht das Gesicht gegenüber ihrer eigenen Kampagne zu verlieren, einfach die „Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.“

Mehr über das Programm zu sagen, hieße über-treiben, denn mehr steht nicht darin. Der öffentliche Streit, der unter den Parteien über die Einzelhalte des Programms eingesetzt hat, ist unergiebig und töricht. Denn das Programm enthält nur Blanko-Formulierungen, die vom Vorstand nach gewonnener Wahl ausgefüllt werden. Was die SPD mit ihrem Grundsatzprogramm will, erfährt das deutsche Volk, sollte es sie an die Macht bringen — keinen Tag früher.

IV.

Der Ohnmacht überdrüssig

Die Delegierten des Außerordentlichen Parteitag zeigen sich bei der Beratung des Entwurfes der Erwartung des Vorstands gewachsen. Nicht ein einziges Mal wurde ernsthaft und mit Aussicht auf Erfolg der Versuch unternommen, die Kautschukbestimmungen des Entwurfes durch eine konkrete Aussage zu ersetzen. Zwar gab es über 270 Änderungsanträge wie eine Reihe radikaler, wenngleich auch meist nur kurioser Reden. Aber vom ersten Augenblick an war klar, daß der Vorstandsentwurf ohne eine einzige wesentliche Änderung angenommen werden würde.

Nach manchen Presseberichten mochte man glauben, es sei in Godesberg heiß hergegangen mit Rede und Gegenrede, und die Radikalen aus den Ortsvereinen hätten sich mächtig gerührt. Dieser Eindruck ist falsch. Es traten Sektierer auf, wie auf jedem SPD-Parteitag, die ihr Sprüchlein hersagten und der Öffentlichkeit die Illusion gaben, als würde auf dem Parteitag selbst ein Entwurf formuliert, beraten und beschlossen. In Wahrheit teilte die überwältigende Mehrzahl der Delegierten (und, wie man annehmen darf, auch der Mitglieder) den Wunsch des Vorstands nach einem Programm, mit dem man an die Macht gelangen kann.

Vollends aus war es mit dem linken Flügel, als Herbert Wehner sich seines heftigen Plädoyers für den Entwurf entledigt hatte. Das entschiedene Eingreifen Wehners überraschte viele Beobachter, die diesen

Politiker wohl eher für einen radikal-doktrinären Finsternling gehalten hatten, als für den fähigen, gefährlichen, im taktischen Spiel erprobten Politiker, der er wirklich ist. Er war die bestimmende Kraft auf dem Parteitag, er war auch der eigentliche Motor, der die Formulierung des Programms vorantrieb. Nicht der gemäßigte und etwas blasse Ollenhauer und nicht der „bourgeoise“ Carlo Schmid sind die Urheber des neuen Programms, sondern es ist Herbert Wehner, der noch bis tief in den Krieg hinein der kommunistischen Doktrin und Praxis angehangen hatte. Wehner ist, und darin folgt ihm seine Partei, der Ohnmacht überdrüssig.

Authentischer Beurteilungsmaßstab

Wehner war es auch, der schon am ersten Verhandlungstag den authentischen Beurteilungsmaßstab für das neue Programm bekanntgab: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das den Sozialdemokraten erschwert, oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben“. Das neue Programm ist das Stemmeisen, mit dem die SPD das Tor zur Macht aufbrechen will, aber kein Riegel (das Wort wurde von Wehner gebraucht) gegen den Sozialismus, wenn man sich in den Besitz der Macht gesetzt hat.

Das Godesberger Programm ist zugleich das schlechteste und das gefährlichste in der Programmgeschichte der Sozialdemokraten. Die Verwirrung im Lager der Gegner hat bereits begonnen. Einige begegnen dem neuen Programm mit dem Argument, es sei unehrlich: „Die SPD meint nicht, was sie sagt.“ Andere rufen: „Was Ihr wollt, wollen wir auch, aber wir machen es besser!“ Das sind Irrtümer. Die SPD hat viele Worte gemacht, um ihr Ziel zu bezeichnen: die Macht und nichts sonst. In kommenden Wahlkämpfen wird man sie nicht mit staubigen Zitaten ihrer Doktrinen behelligen können, man muß ihre Taten prüfen und den Wähler durch eigene bessere Taten überzeugen. Das rote Gespenst gibt es nicht mehr, wohl aber eine propagandistisch gefährlichere SPD.

DREI STELLUNGNAHMEN ZUM „RAHMENPLAN“ DES DEUTSCHEN AUSSCHUSSES FÜR DAS ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSWESEN

I. Deutscher Philologen-Verband:

„Der Deutsche Philologen-Verband begrüßt, daß der Deutsche Ausschuss das Problem des allgemeinbildenden Schulwesens aufgegriffen und dazu Vorschläge gemacht hat, wenn auch vorerst nur nach der organisatorischen Seite hin.

Er begrüßt, daß der Rahmenplan an einer Dreiteilung des allgemeinbildenden Schulwesens in Volksschulen, Mittelschulen und höhere Schulen grundsätzlich festhält.

Er bejaht, daß im Rahmen des allgemeinbildenden Schulwesens den Volksschulen und Mittelschulen entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung erhöhte Aufgaben zugewiesen werden.

Er unterstützt auch den Grundsatz der bestmöglichen Begabungsförderung und befürwortet verbesserte Übertrittsmöglichkeiten zwischen den Schularten.

Er begrüßt die Vorschläge für einen vermehrten Aufwand für das gesamte Schulwesen, insbesondere durch die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und die Verkleinerung der Klassen.

Zu den Vorschlägen über die Neugestaltung der höheren Schule bemerkt der Deutsche Philologen-Verband folgendes:

Die höhere Schule bildet eine Einheit. Die Aufgliederung in verschiedenartige, aber gleichwertige Typen entspringt den natürlichen Begabungsrichtungen und der Entwicklung unserer Kultur und Gesellschaft. In dem Gutachten werden zwei voneinander wesensverschiedene Formen der höheren Schule vorgeschlagen, die nicht gleichwertig sind, wie sich aus ihrer Charakterisierung im Rahmenplan ergibt. Es ist unverständlich, daß die naturwissenschaftlich-mathematische Richtung nur in dem ‚Gymnasium‘, aber nicht in der ‚Studienschule‘ verwirklicht werden soll. Das ‚Gymnasium‘ kann die Bildungshöhe der ‚Studienschule‘ nicht erreichen. Im ‚Gymnasium‘ ist die allgemeine geistige Grundbildung der höheren Schule nicht gewährleistet, die für die Oberstufe gefordert werden muß. Die Folge ist eine Minderung des Wertes der Hochschulreife der ‚Gymnasiasten‘.

Das Gutachten des Ausschusses hat die Fragen des Berufs- und Fachschulwesens ausgeklammert. Der Philologen-Verband befürchtet, daß dadurch dem ‚Gymnasium‘ Aufgaben zugewiesen werden, die zweckmäßiger von Mittel- und Fachschulen übernommen werden. Er ist der Meinung, daß den Bedürfnissen der Gesellschaft besser durch einen Ausbau des Mittel- und Fachschulwesens als durch eine Aufblähung der ‚Gymnasien‘ gedient ist.

Der Philologen-Verband begrüßt, daß der Ausschuß an der vierjährigen Grundschule festhält und es als notwendig erachtet, vom 10. Lebensjahr an einen neuen Unterrichtsstil einzuführen, damit jedes Kind die ihm gemäße Förderung erfahren kann.

Die höhere Schule ist sehr wohl in der Lage, ihren Unterricht im 5. und 6. Schuljahr so anschaulich und konkret zu gestalten, daß die Gefahr einer frühzeitigen Abstraktion ausgeschaltet ist. Mit diesem Argument also ist die Einrichtung der vorgeschlagenen Förderstufe nicht zu begründen. Die Meinung, daß mit der Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr eine zuverlässigere Auslese erfolgen könne, wird durch die Erfahrungen in den Ländern mit sechsjähriger Grundschule und differenziertem Unterricht widerlegt. Die Auslesebelastung des Gymnasiums würde vom 5. und 6. Schuljahr auf das 7. und 8. verschoben werden. Das würde für die betroffenen Kinder noch schwerere Folgen haben als die jetzige frühergelegte Entscheidung. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Kinder der Förderstufe nicht einem ständigen Druck und Leistungszwang ausgesetzt wären. Aus den angeführten Gründen hält der Deutsche Philologen-Verband den Vorschlag der Förderstufe für einen Irrweg."

II. Gemeinschaft Deutscher Lehrerverbände:

Angeschlossene Verbände: Gesamtverband Deutscher Diplom-Handelslehrer, Bund evangelischer Lehrer und Lehrerinnen, Verband der Katholischen Lehrerschaft Deutschlands, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, Verband der Lehrerinnen für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen, Gesamtverband Deutscher Mittel- und Realschullehrer, Deutscher Philologen-Verband, Bund Deutscher Taubstummenlehrer.

„Die Gemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (GDL) nahm in ihrer Bundesvorstandssitzung am 20. und 21. April 1959 in Berlin zu dem ‚Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens‘ des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zunächst in folgenden Punkten Stellung:

Die Gemeinschaft Deutscher Lehrerverbände begrüßt es, daß der Deutsche Ausschuß an der Dreigliedrigkeit des Schulwesens festhält und sich um eine geordnete Vieltätigkeit des Schulwesens bemüht.

Sie bedauert aber, daß der Deutsche Ausschuß die Organisation des Schulwesens aufbauen will, ohne zuvor Prinzipien pädagogischer Grundlegung darzustellen und wertmäßig zu ordnen.

Sie bedauert ferner, daß der Plan einer Schulorganisation einerseits die Hochschulreform, andererseits das heute in sozialer und pädagogischer Hinsicht immer bedeutsamer werdende berufsbildende Schulwesen (z. B. die Handelsschulen) ausklammert. Kern der Schulreform ist dem Deutschen Ausschuß die innere und organisatorische Neugestaltung des 5. und 6. Schuljahres, die als Förderstufe nach Art des differenzierten Mittelbaues zusammengefaßt werden sollen und so in der Praxis zu einer Ausweitung der Grundschule führen. Die Förderstufe zerstückt die Volksschule (Grundschule, Förderstufe, Hauptschule) und verhindert die Entwicklung einer eigenständigen Volksschulpädagogik. Die Förderstufe birgt die Tendenz zur Bildung von Mammutschulen in sich, die moderner Pädagogik widersprechen. Die Förderstufe verkürzt das Gymnasium um zwei Jahre und muß so zu einer bedenklichen Niveaulenkung der höheren Bildung führen.

Der geplante relative Abschluß nach dem 11. Schuljahr mit dem Zeugnis der mittleren Reife unterbricht den geschlossenen Bildungsgang bis zur Hochschulreife und verstärkt den Anreiz zum vorzeitigen Ausscheiden. Diese neue ‚mittlere Reife‘ des Gymnasiums gefährdet die Realschule und überlastet die Gymnasien, weil durch sie

eine größere Schülerzahl von den Realschulen abgezogen wird."

III. Gesamtverband Deutscher Mittel- und Realschullehrer:

„Der Gesamtverband Deutscher Mittel- und Realschullehrer hat in seiner Bundesvorstandssitzung am 25. und 26. April 1959 in Boppard in einer ersten Beratung zu dem ‚Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens‘ des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen Stellung genommen.

Der Verband stellt mit besonderer Genugtuung fest, daß der Ausschuß an der Dreigliedrigkeit im Aufbau unseres Schulwesens grundsätzlich festhält und die erforderliche geistige Einheit unseres Volkes nicht durch die scheinbare Einheit einer für alle Begabungen verbindlichen äußeren Schulorganisation erreichen will, sondern durch die Erziehungsaufgabe, die von allen Schularten gemeinsam zu leisten ist.

Der Verband begrüßt es, daß der Deutsche Ausschuß die bisherige Mittelschule unter dem einheitlichen Namen ‚Realschule‘ als ‚besondere Schulart‘ organisch in den Gesamtaufbau des deutschen Schulwesens eingefügt wissen will, und bejaht die vom Ausschuß aufgezeigte klare Sinnbestimmung der Realschule und die Anerkennung ihre pädagogischen Gegenwartsaufgabe.

Er sieht in dem Vorschlag des Ausschusses, sowohl die heutige Mittel- und Realschule als auch die heute an der Volksschule bestehenden Mittelschuleinrichtungen in der alle Formen umfassenden Realschule aufgehen zu lassen, einen entscheidenden Schritt zur Vereinheitlichung des zerrissenen mittleren Schulwesens.

Der Verband bejaht die Forderung des 11. Schuljahres für die Realschule und seine Gestaltung als Abschlußjahr, ferner die weitgehende Durchlässigkeit des Gesamtschulwesens und die damit gesicherten Aufstiegsmöglichkeiten bis zur höchsten Stufe.

Der Verband begrüßt in diesem Zusammenhang die Forderung des Deutschen Ausschusses, ‚jedem Kind den Weg zu öffnen, der seiner Bildungsfähigkeit entspricht‘. Im übrigen müssen die Grundgedanken des Rahmenplans und die darin enthaltenen Einzelvorschläge noch einer eingehenden Diskussion unterworfen werden.

Nach einer ersten Beratung meldet der Verband zu folgenden Grundgedanken des Rahmenplans Bedenken an:

1. Planung der Förderstufe und ihre Begründung

Die einschneidende Veränderung im Gesamtaufbau unseres Schulwesens durch die Einschaltung der Förderstufe ist u. E. durch die bisherigen Erfahrungen mit dem differenzierten Mittelbau pädagogisch nicht hinreichend gerechtfertigt. Die beabsichtigte ‚sorgsame Erprobung‘ für den angemessenen Bildungsweg einer weiterführenden Schule scheint uns unter voller Bejahung des Grund-

BERICHTIGUNG

Zu Beginn der Fortsetzung des Beitrages von Professor D. Dr. Martin Redeker: „Die Bedeutung des Wortes ‚christlich‘ in der Politik“ in unserer letzten Ausgabe (Seite 6, linke Spalte) ist durch ein technisches Versehen ein kurzer Absatz nicht mit zum Abdruck gekommen. Wir bitten unsere Leser, dies freundlich zu entschuldigen. Der fehlende Absatz lautet:

Der eigentliche Einwand von evangelischer Seite ist aber viel grundsätzlicher. Man behauptet: christliche Politik könne es nicht geben, weil im Bereich des evangelischen Christentums die bei einer christlichen Politik vorausgesetzte gemeinsame sozialetische Grundlage fehle.

satzes der sozialen Gerechtigkeit in der grundständigen Realschule im sinnvollen Zusammenwirken mit der abgebenden Grundschule besser gewährleistet zu sein, zumal der Deutsche Ausschuß das Prinzip einer für alle Kinder verbindlichen Förderstufe ohnehin durch die geplante Studienschule durchbrochen hat. Die Einführung der Förderstufe scheint uns auch rein schulorganisatorisch zu unüberwindlichen Schwierigkeiten zu führen.

2. Abschluß der Mittelstufe auf der höheren Schule

Keineswegs hinreichend geklärt scheint uns der Unterschied zwischen dem sinnvollen Abschluß der Realschule und dem Zwischenabschluß des Gymnasiums. Die optisch verführerische Gleichsetzung beider Abschlüsse wird den ungesunden Zustrom ungeeigneter Schüler zu den Gymnasien noch verstärken. Dadurch wird die planvolle Len-

kung der Schüler nach Begabung und Leistungswillen und nach den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft, die durch den Rahmenplan angestrebt wird, ins Gegenteil verkehrt.

Die Stellungnahme des Gesamtverbandes Deutscher Mittel- und Realschullehrer stellt einen ersten Beitrag zu der vom Deutschen Ausschuß gewünschten ‚unentbehrlichen Erörterung‘ des Rahmenplans dar, die in gegenseitiger Fühlungnahme vor irgendwelchen konkreten Verwirklichungsmaßnahmen fortgesetzt werden muß.

Der Gesamtverband nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, daß ‚den Schulen nichts zugemutet werden soll, was nicht die Aussicht auf endgültige Bewährung erworben hat‘. Er ist bereit, aus der vielfältigen Erfahrung in allen Bundesländern seinen Beitrag zur Neugestaltung des deutschen Schulwesens zu leisten.“

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Jahrhundert des kleinen Mannes

Unter dieser Überschrift bringt die „FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG“ in ihrer Ausgabe vom 14. November d. J. eine interessante Analyse unserer gesellschaftlichen Situation von Jürgen Eick. Es heißt darin u. a.:

„... Die Welt — und mit ihr auch der einzelne, der nicht zur schmalen Schicht der Führenden gehört — ist reicher geworden. Wir leisten weniger und genießen mehr. Mehr Genuß bei weniger Schweiß — das ist das Ergebnis ...

Der kleine Mann hat mehr Freizeit als jemals zuvor.

Früher war der Zehnstundenarbeitstag das Los des ‚kleinen Mannes‘. Freizeit in Form frühen Arbeitsschlusses, langer Wochenenden und ausgiebiger Ferien war das Vorrecht der Aristokratie. Schopenhauer sagte einmal: ‚Wie die Not die beständige Geißel des Volkes ist, so ist die Langeweile die der vornehmen Welt.‘ Der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen („Theorie der Mußeklasse“, 1899) sah in der Muße das Kennzeichen der damals führenden Schicht.

Heute ist das genau umgekehrt: Das Gros der Arbeiter und Angestellten genießt in vollen Zügen ein früher ungekanntes Maß zusätzlicher Freizeit mit kürzeren Arbeitszeiten, Zweitagewochenende und tariflich gesichertem Jahresurlaub. Dagegen scheint es das unvermeidliche Schicksal der Leitenden zu sein, sich chronisch zu überarbeiten, wobei man den Kreis der Leitenden nicht zu eng ziehen darf. In vieler Hinsicht gehören auch die Werkmeister in den Betrieben dazu, und ganz besonders die Handwerksmeister, Vertreter, Anwälte, Steuerberater, Ärzte, also alle Selbständigen, auch wenn sie nur wenige Mitarbeiter haben. Nie hat eine Führungsschicht so viel und

so hart gearbeitet wie die unserer Tage. Das gilt mehr oder weniger für alle Industrienationen.

Hier sind geradezu neue Klassen entstanden: einmal diejenigen, die führen, gut verdienen, aber keine Zeit haben; zum anderen diejenigen, die nicht führen, weniger verdienen, aber Zeit haben, ein angenehmes Leben zu führen. Von dem niederländischen Sozialisten Polak stammt die sarkastische Feststellung: Heute muß sich die eine Hälfte der Menschheit zu Tode schuften, damit die andere um so besser faulenzeln kann. Viele, deren Physis den Anforderungen einer leitenden Position nicht gewachsen ist, bleiben auf der Strecke. So manche Überlastung mag bloße Geschäftshuberei sein oder mangelnder Qualifikation entspringen. In der Tat ist schlichte Unfähigkeit in vielen Fällen die eigentliche Ursache von chronischer Überarbeitung und Managerkrankheit. Aber in unserem Jahrhundert wird der Leitende immer mehr arbeiten müssen als die Geleiteten. Die Rollen sind vertauscht. War früher Freizeit das Privileg der Oberschicht, so ist es jetzt das Privileg derer, die in der Hierarchie die unteren Ränge besetzt halten. Insofern ist dies das Jahrhundert des kleinen Mannes.

Die Freizeit wird von einer gewissen Einkommenshöhe aus, wie Umfragen in Betrieben zeigen, sogar stärker begehrt als Geld. Die Arbeit als ethische Größe, als Ersatzideal für andere in zwei Kriegen verlorene Ideale, beginnt zu verblasen...

Die Dauer-Vollbeschäftigung festigt die Position des kleinen Mannes.

Im Jahrhundert des kleinen Mannes bedeutet Massenarbeitslosigkeit Regierungswechsel; das heißt, die Regierung, die im Amte bleiben will, muß unter allen Umständen einen hohen Beschäftigungsgrad zu halten suchen. Wir müssen also den an und

für sich erwünschten Zustand der Dauervollbeschäftigung als gegeben hinnehmen. Leider hat das den großen Nachteil, daß der Arbeitseifer des kleinen Mannes langsam, aber sicher unterhöhlt wird. In manchen Branchen ist die Entwicklung so weit gediehen, daß nicht die Arbeiter und Angestellten Furcht vor der Kündigung haben müssen, sondern die Chefs, weil sie dringend auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind. Man mag das herzlos finden, aber es muß um der Wahrheit willen ausgesprochen werden: nicht jedem bekommt es gut, genau zu wissen, daß ein Haus weiter eine freie Stelle auf ihn wartet...

Die These vom ‚fleißigen Deutschen‘, womit gerade der kleine Mann in seiner Einstellung zur Arbeit gekennzeichnet wurde, wird in wachsendem Maße eine fromme Mär. In manchen Branchen ist die Leistung pro Stunde zum Beispiel in Norditalien höher als in der Bundesrepublik. Infolge der ungeheuren gewerkschaftlichen Aktivität führt Deutschland allmählich in der Arbeitszeitverkürzung in Europa — sogar gegenüber solchen Ländern, die vom Krieg ganz und gar verschont geblieben sind, wie Schweden und die Schweiz. Und wir haben ein Versicherungssystem, das das Krankenfeiern zur Lust macht. Wir genießen doppelt soviel Feiertage wie Amerika. Offensichtlich haben wir nicht nur den allgemeinen Schlendrian vollbeschäftigter westlicher Industrienationen — wie etwa die englische Teepausen-Sentimentalität — importiert, sondern wir haben mit der uns eigenen Gründlichkeit noch eine ganze Reihe an Errungenschaften aufgestockt, die den Arbeitseifer alles andere als beflügeln. Hoffentlich müssen wir nicht eines Tages die anscheinend weithin vergessene Weisheit als bittere Medizin schlucken, daß Wohlstand letztlich nur aus der Arbeit kommt ...“